



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Neustart? +++ Sparpakete +++ ETV-Geschichte +++ Altona +++ Sozialwohnungen +++ HVV-Preise +++ Steuerparadiese

Neustart mit Dilettantismus & runden Tischen



Proteste gegen Kultur-Kürzungen

Der Senat hat Mitte September über 300 Sparmaßnahmen beschlossen, die fast alle nur die einfachen BürgerInnen belasten. Diese Kürzungen stehen im Zusammenhang mit dem Entwurf für den nächsten Doppelhaushalt, der im Jahr 2011 Ausgaben in Höhe von 10,99 Mrd. Euro vorsieht. Die Einsparungen betragen laut Senat für das gleiche Jahr rund 406 Mio. Euro und erhöhen sich bis 2014 auf rund 510 Mio. Euro pro Jahr.

CDU und GAL weisen die massive Kritik aus vielen Teilen der Stadt – vor allem aus dem Kulturbereich – an dieser Kürzungspolitik zurück. In der Bild-Zeitung vom 30.9. lesen wir: »GAL-Fraktionschef Jens Kerstan nannte das Sparpaket »gerecht und ausgewogen«. Der Senat habe sich bemüht, Belastungen der Bürger möglichst zu vermeiden, spare insbesondere bei der Verwaltung. Kerstan verteidigte die Einschnitte beim Weihnachtsgeld für Beamte und Pensionäre. Hamburg

sei das letzte Bundesland, das Beamten überhaupt noch Weihnachtsgeld zahle.«

Bemerkenswert: Der GAL-Fraktionsvorsitzende stellt sich eindeutiger und energischer hinter das Kürzungspaket als die Senatsmitglieder und verweist die CDU bei der Verteidigung in die zweite Reihe. An einem Kurs, der Ausgaben reduziere, führe kein Weg vorbei. Es fehlten auf Dauer Einnahmen, wobei dafür zu zwei Dritteln der Bund mit seiner Gesetzgebung verantwortlich sei. Der Senat spare aber nicht bei den Ausgaben für die Bürger, sondern versuche, die Verwaltung effizienter zu gestalten. »Wir nehmen auch ungerechtfertigte Steuersenkungen zurück, wie das Mehrwertsteuer-Geschenk an Hoteliers. Ich kann die Hoteliers nur davor warnen, diese Bettensteuer direkt an Touristen und Geschäftsreisende weiterzugeben, denn das ungerechtfertigte Mehrwertsteuer-Geschenk gibt ihnen genügend Luft.«

Im kulturellen Bereich müsse – so Kerstan weiter – trotz der Kultursteuer zusätzlich gespart werden. Im Deutschen Schauspielhaus gäbe es nun einmal Premieren, bei denen viele Plätze unbesetzt blieben. »Diese Situation besteht nun leider seit viel zu vielen Jahren. Da ist viel Luft nach oben durch Einnahmeverbesserungen.« Das Schauspielhaus werde nicht »kaputt gespart« und er sehe noch Hoffnung, dass es um die Kürzung herumkommt – wenn es seine Einnahmen entsprechend erhöht: »Das ist bei einem Haus, das mehr Zuwendungen erhält und mehr Plätze hat als andere Häuser, eine lösbare Aufgabe – wenn es denn häufiger mal vor vollem Saal spielen würde.« Um das zu erreichen, müsse die Attraktivität gesteigert werden. Dafür könnten Mittel aus der geplanten Kultursteuer verwendet werden. Die Schließung des Altonaer Museums sei ein zwar schwerer Schnitt, aber die Sammlung bleibe erhalten. Kerstans zentrales »Argument«: »Mir fällt keine andere Stadt ein, die ihre Geschichte an zehn Standorten darzustellen versucht.« Angesichts leerer Kassen sei die Suche nach effizienteren Lösungen »vertretbar«.

Die vom Senat beschlossene Kultursteuer und die Blaulichtsteuer stehen auf sehr wackeligen Beinen. Es gibt Rechtsgutachten, nach denen die Einführung einer Steuer auf entgeltliche Übernachtungen nicht möglich ist. So kommt beispielsweise das Gutachten vom Städtetag Baden-Württemberg zu dem Schluss, dass sowohl landesrechtliche als auch bundesrechtliche Voraussetzungen für die Einführung einer solchen Bettensteuer fehlen. Auch die Blaulichtsteuer steht unter massivem Beschuss: Der schwarz-grüne Senat will Unfallverursacher, die bei einem Unfall ohne Personenschaden die Polizei rufen, künftig mit 40 Euro zur Kasse bitten. Geschätzte Einnahmen daraus: 1,6 Millionen Euro pro Jahr.

Hamburg greift wie zahlreiche andere Kommunen (z.B. Ulm, Freiburg, Karlsruhe und Stuttgart) nach kaum belastbaren Strohhalmen. Die Stadt wird von diesen Ideen abrücken, weil diese Steuern auf massive gesetzliche Vorbehalte stoßen. Zudem ist der Aufwand für die Erhebung dieser Steuern offenkundig gar nicht geprüft worden. Gerade für die Blaulichtsteuer gilt: Die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten und Straftaten ist eine gesetzliche Aufgabe der Polizei, die der Ver-

kehrssicherheit dient, und keine Dienstleistung für die Unfallbeteiligten.

Die ganze Operation »Kürzungspolitik« ist wenig durchdacht und noch weniger durchgerechnet. Der Kultursenator muss sich den Vorwurf gefallen lassen: Er hat keine Ahnung von seinem Metier. Bei den 3,5 Millionen Euro, die er durch die Schließung des Altonaer Museums einsparen will, hat er sich offensichtlich verrechnet. Und ob die Schließung rechtlich überhaupt möglich ist, ist gleichfalls nicht juristisch geprüft. Die politischen Folgen der gesamten Rotstiftpolitik sind offenkundig nicht einmal ansatzweise geprüft worden.

Zu Recht höhnt daher die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 16.10.2010 im Feuilleton: »Geht angesichts eines solchen dreisten Dilettantismus nun ein Aufschrei durch die Stadt? Formiert sich das immer noch starke Bürgertum dieser fiskalisch armen, aber an Privatvermögen und Stiftungen so reichen Stadt, gibt es gar Großdemonstrationen? (...) Sabrina van der Ley, eine der beiden Leiterinnen der Galerie der Gegenwart, erinnert die Kulturpolitik in Hamburg »an eine Feudalherrschaft«. Besonders erschüttert ist sie, die »so etwas noch nie erlebt hat«, dass es »so überhaupt keine kooperative Haltung« gibt, dass die Kulturbehörde nicht mit den Verantwortlichen rede (»außer über Sparauflagen ohne jeden Sachverstand«), sondern sich lieber auf Expertisen von außerhalb verlasse (...) Man mag sich gar nicht daran erinnern, dass die wichtigsten Institutionen der Stadt, vom Schauspielhaus über die Musikhalle bis zur Kunsthalle und dem Museum für Kunst und Gewerbe alle aus bürgerlichem Engagement hervorgegangen sind; dass es noch gar nicht so viele Jahre her ist, dass viel Geld in die Kunsthalle mit dem Anbau von Oswald Matthias Ungers geflossen ist und die Häuser am Hauptbahnhof von der Kunsthalle bis zu den für die Kunst neu eingerichteten Deichtorhallen als »Museumsmeile« vermarktet wurden. Heute lässt die Stadt diese Institutionen am langen Arm verhungern – und vertraut darauf, dass etwa das private »Bucerius Kunst Forum« attraktive Ausstellungen zeigt oder das privat finanzierte »Hamburger Theater Festival« die durch Thalia Theater und Schauspielhaus offenbar nicht gestillte Sehnsucht nach repräsentativem Schauspiel-

joachimbischoff.de

Ab sofort erscheinen aktuelle Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner Internetseite <http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können demnächst als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Also lieber einmal mehr dort vorbeischauen!



theater befriedigt. (...) In einer seiner ersten Amtshandlungen gab von Beust 30 Millionen Euro aus, um einen Kaispeicher für die private Sammlung Peter Tamms zum »Maritimen Museum« umzubauen (der Etat der historischen Museen wurde zum selben Zeitpunkt gekürzt). (...) Und von Beust setzte unter damals noch allgemeinem Jubel die Elbphilharmonie durch, die, so paradox das klingen mag, für die Kulturstadt Hamburg den eigentlichen Ruin bedeutete. Nicht nur einen Leuchtturm der Weltarchitektur wollte man im Hafen, sondern unbedingt auch eine kulturelle Nutzung. Die Folge: Bis heute kann niemand abschätzen, was es kosten wird, die Elbphilharmonie angemessen zu bespielen. Und Karin von Welck (...) war jahrelang komplett damit absorbiert, das Projekt halbwegs in den Griff zu bekommen, dessen Kosten für die Stadt immer weiter wuchsen: von ursprünglich 70 auf vorerst 323 Millionen Euro. In dieser Zeit konnte man leicht den Eindruck gewinnen, die Senatorin fälle ihre Entscheidungen nach der Maßgabe: nur keine weitere Front aufmachen.« Auch wenn es auf den ersten Blick anders aussieht: Das sind nicht meine Formulierungen, das ist alles Originalton FAZ!

Jetzt muss die schwarz-grüne Koalition in Sachen Kürzungs- und Kulturpolitik zurückkriechen. Offenkundig beginnen auch deren PolitikerInnen zu begreifen, dass im Zeitalter

von »Stuttgart 21« Basta-Politik, Inkompetenz und vermeintliche Sachzwanglogik keine Zukunft mehr haben. Angesichts der anhaltend heftigen Proteste gegen Sparmaßnahmen im Kulturbereich, wie die Schließung des Altonaer Museums und die Kürzung des Schauspielhaus-Etats, will der Hamburger Senat den Konflikt an einem »runden Tisch« lösen. Das erste Treffen zwischen der schwarz-grünen Regierung und Kulturvertretern soll noch im Oktober stattfinden.

GAL-Fraktionschef Jens Kerstan plädiert in einem Abendblatt-Interview dafür, zu diesen Gesprächen einen Schlichter hinzuzuziehen: »Wenn Politik und Betroffene sich so verhakt haben, wie das im Kulturbereich der Fall ist, muss man miteinander reden, und dabei kann es hilfreich sein, einen externen Moderator einzuschalten.«

Die Weltfremdheit und Abgehobenheit der Regierungskoalition bringt Bürgermeister Christoph Ahlhaus schön auf den Punkt: Die schwarz-grüne Koalition in Hamburg habe einen guten Neustart geschafft. »Es läuft nicht viel anders als in den letzten zweieinhalb Jahren und damit so, wie ich es mir vorgestellt habe.« Dazu passt, was, möglicherweise als Joke gemeint, aber ganz ernsthaft in der Stadt kolportiert wird: »Die Idee eines runden Tisches von SPD und GAL ist so gut, dass der Bürgermeister Ahlhaus sie schon längst hatte.«

BürgerInnen gegen Sparpakete



Wilhelmshager auf dem Rathausmarkt

So präzise der Hohn der FAZ die Situation im Kulturbereich auch treffen mag, so gibt er doch nur einen Aspekt der massiven Streicharchie wider, die mit dem »Neustart« des schwarz-grünen Senats unter Bürgermeister Althaus auf den Weg gebracht werden soll. Bei dieser geht es um Kürzungen in Bereichen, die den ArbeitnehmerInnen, den sozial Benachteiligten und Ausgegrenzten, den Eltern und diversen Einrichtungen tief in die eh schon löchrige Tasche greifen.

Da sollen den Beamtenälären 100 Mio. Euro entzogen, die Unterkunftszuschüsse bei Hartz IV-Erwerbslosen um 37 Mio. Euro und die Maßnahmen im Rahmen der Hamburger Quartiersoffensive jährlich um 5 Mio. Euro zusammengestrichen werden. Ich will mich an dieser Stelle auf die Kürzungen beschränken, die auf die sieben Hamburger Bezirke zukommen. Zwar ist offenbar vom Tisch, die BezirksamtsleiterInnen abzuschaffen, aber es ist davon auszugehen, dass den Bezirksäm-

tern nochmals einige Hundert Stellen abgezwickelt werden – was natürlich Folgen für die öffentlichen Dienstleistungen, Öffnungszeiten, Beratungsangebote usw. hat. Neben vielen weiteren Einschnitten wird es vor allem den Kinder- und Jugendbereich und die Sondermittel treffen, die bisher noch den eingeschränkten »Spielraum« der Bezirke ausmachten.

Der Senat sieht vor, dass die Bezirke alleine im Jahre 2011 13,88 Mio. Euro einsparen müssen, 2012 sollen es dann 18,43 Mio., 2013 20 Mio. und 2014 sogar 23,46 Mio. Euro sein. Diese »Konsolidierungsbeiträge« haben zur Folge, dass die bezirklichen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit im Jahr 2011 um 0,5 Mio. und in den Jahren von 2012 bis 2014 jeweils um eine Mio. Euro beschnitten werden. Die Bezirksversammlungen werden sich grün und schwarz ärgern, dass sie fortan nahezu auf sämtliche bisher frei verfügbaren Mittel verzichten sollen. Der betriebskostenbezogene Anteil des so genannten Förderfonds Bezirke (zwischen 2011 bis 2014 handelt es sich dabei alljährlich um 2,1 Mio. Euro) soll ebenso wegfallen wie die bisher noch zur Hälfte an die Bezirke abgeführten Gewinne aus Großwerbeanlagen (Mindereinnahmen für die Bezirke von 2011 bis 2014 jährlich 3 Mio. Euro). Man muss sich klar machen, was die Bezirke aus diesen »Töpfen« bisher finanzieren konnten: Zuschüsse zu Stadtteilstellen, zu Mobiliar und Informationsmaterialien etc. von Hunderten kleiner und mittlerer Einrichtungen und Vereine. In einer Kleinen Anfrage versuche ich vom Senat genauer in Erfahrung zu bringen, was diese Kürzungen denn für die Bezirke konkret zur Folge haben.

Der Widerstand gegen diese unsoziale Streichungspolitik, der mit der beeindruckenden Menschenkette am 30.9. begann, wird nun auch in den Stadtteilen weitergeführt. Nicht zufällig gerade in denjenigen Quartieren, die traditionell einen hohen Anteil von einkommensschwachen EinwohnerInnen ha-

ben. »Jeder zweite Hamburger meint«, so das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage der Kölner ServiceValue GmbH, »Politik und Verwaltung würden die Stadtteile ungleich behandeln und fördern« (Die Welt vom 15.10.2010). Den Anfang machten am 6. Oktober rund 150 BewohnerInnen aus Kirchdorf-Süd, die »gegen soziale Kälte und für einen lebenswerten Stadtteil« demonstrierten. In Steilshoop veranstaltet die örtliche LINKE am **20. Oktober** einen »Kahlschlag-Rundgang« zu Einrichtungen, die in ihrer Existenz bedroht sind (13:00 Uhr ab Stadtteilcafé, Schreyerring 27). In St. Georg wird sich der Stadtteilbeirat am **26. Oktober** mit den das Hauptbahnhofviertel treffenden Streichungen beschäftigen (18:30 Uhr, Heinrich-Wolgast-Schule, Carl-von-Ossietzky-Platz).

Aber auch mit zentralen Aktionen werden die BürgerInnen dieser Stadt dem Senat weiter deutlich machen, dass seine kultur- und sozialfeindliche Politik nicht akzeptiert wird:

- »Wir sind das Altonaer Museum, das Schauspielhaus und die Bücherhallen« – Demonstration und Laternenumzug verschiedener Initiativen gegen den Kulturbruch des Senats am **Donnerstag, den 28.10.2010, 16:30 Uhr** ab Zentralbibliothek am Hühnerposten zur Finanzbehörde am Gänsemarkt
- »Weg mit dem Sparpaket – Kurswechsel jetzt!« – Kundgebung der IG Metall mit dem Hamburger Bevollmächtigten Eckard Scholz und Jan-Peter Petersen von »Alma Hoppe« am **Samstag, den 30.10.2010, 11:00 Uhr**, in der Hafensstraße, zwischen Landungsbrücken und Fischmarkt
- »Gerecht geht anders: Protest und Solidarität« – Großveranstaltung der Gewerkschaften gegen die Streichungspolitik, mit ver.di-Chef Frank Bsirske und dem Liedermacher Heinz Rudolf Kunze am **Donnerstag, den 4.11.2010, von 17:30 bis 20:00 Uhr** in der Alsterdorfer Sporthalle, Krochmannstraße 55.

Tatort HSH Nordbank

Die HSH Nordbank gerät nicht aus den Schlagzeilen – das wissen die Leser des BürgerInnenbriefes nur zu gut. Hinter den handfesten Skandalen steht ein größeres Problem: Die HSH Nordbank und andere Landesbanken verkörpern das Desaster von Provinzbanken, die sich zusammenschlossen, um Global Player zu spielen, die die Spielregeln der internationalen Finanzmärkte aber nicht kannten und deswegen gnadenlos scheiterten – in einem Bankensystem, das seiner eigentlichen Aufgabe, Investitionsmittel für sinnvolle lokale und regionale Investitionen im Interesse der Bevölkerung bereitzustellen, nicht mehr gerecht wird.

Ich habe gemeinsam mit Knut Persson und Norbert Weber die Ergebnisse unserer Arbeit im parlamentarischen Untersuchungsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft zur HSH Nordbank in einem Buch zusammengefasst. Darin werden die Skandalhintergründe aufgedeckt, die zugrunde liegende Bankenkrise sowie die Rolle der Landesbanken analysiert und Alternativen zu den halbherzigen Reformen des Bankensektors aufgezeigt.

Das Buch hat einen Umfang von 168 Seiten, kostet 14.80 EUR und ist ab dem 22.10. im Buchhandel oder direkt beim VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg oder unter www.vsa-verlag.de zu haben.



ETV: Aus der eigenen Geschichte gelernt



Pressekonferenz: H. Heer, J. Sielemann, S. Fritz, F. Fechner, Jürgen Bischoff

»Sie sprechen nicht gern darüber«, schrieb Ulrich Popplow vor einigen Jahrzehnten, als er das erste Werk über die Verwicklung des deutschen Sports in den Nationalsozialismus (Hajo Bernett, Nationalsozialistische Leibeserziehung, 1966) rezensierte. Auch im »Eimsbütteler Turnverband« (ETV), einem der größten Sportvereine Hamburgs, wurde lange nicht »darüber« geredet, jedenfalls nicht öffentlich. Zu eng war die Verflechtung zwischen dem Verein, seiner Leitung und den Nazis. Genannt sei an dieser Stelle beispielhaft der NSDAP-Mann und Direktor der kriegswichtigen »Arbeitsgemeinschaft für Schmieröl-Versorgung« Robert Finn, während der NS-Zeit stellvertretender »Vereinsführer« und von 1948 bis 1973 langjähriger ETV-Vorsitzender.

Seit vielen Jahren gibt es Auseinandersetzungen um die ETV-Geschichte. Dabei geht es auch um die beiden »Turnerhakenkreuze«, die offenbar seit dem Bau die Außenwand der vom Verein bis heute genutzten Sporthalle im Jahr 1910 »schmücken«. Seitens der ETV-Führung wurde immer wieder behauptet, dies seien Variationen des »Turnerkreuzes«, zusammengesetzt aus den vier »F« der konservativ eingestellten »Deutschen Turnerschaft« (DT): Frisch, fromm, fröhlich, frei. In der Tat handelt es sich bei den Emblemen um die Fs, die in Hakenkreuzform angeordnet sind. Nachgebildet wurde 1910 natürlich noch nicht das Hakenkreuz der NSDAP, denn diese Partei entstand erst 1920. Das Turnerhakenkreuz war schon seit Ende der 1880er Jahre im Gebrauch – als Erkennungsmerkmal des 1889 gegrün-



deten völkisch-antisemitischen »Deutschen Turnerbundes«. In den Vereinen dieser DT-Abspaltung galt damals schon der »Arierparagraph«, d.h. Juden bleiben aus diesen Vereinen ausgeschlossen. Auf diese Zusammenhänge hatte Lorenz Peiffer, Professor für Sportgeschichte, auf einer Veranstaltung der LINKEN im März dieses Jahres aufmerksam gemacht. Wenn beim Bau der Halle des ETV ausgerechnet Turnerhakenkreuze Berücksichtigung fanden, kann dies nur als ein reaktionäres Glaubensbekenntnis der damaligen Vereinsführung interpretiert werden.

65 Jahre nach dem Ende der Nazi-Zeit stellte sich der ETV endlich den braunen Seiten seiner Geschichte. Auch wenn dafür der Impuls von außen kam, muss festgehalten werden, dass die Aufarbeitung vorbildlich angegangen und in einer Form durchgeführt wurde, wie sie in Hamburg bisher nur von wenigen Vereinen betrieben worden ist. Am 8. Oktober stellte der ETV die Ergebnisse der mehrmonatigen Forschungen sowie seine Konsequenzen auf einer Pressekonferenz und einer Veranstaltung vor. Teilnehmer waren der Historiker Hannes Heer, der die erste »Wehrmachtsausstellung« in Hamburg betreut hatte und seit dem Frühjahr 2010 eine Kommission zum Thema leitete, Sven Fritz, der seine kritische Vereinsgeschichte von 1889 bis in die Nachkriegszeit vorstellte (»... daß der alte Geist im ETV noch lebt«, 176 Seiten, im Buchhandel zu erhalten), in der es vor allem auch um die NS-Zeit geht, der Journalist Jürgen Bischoff, der sich mit den Turnerhakenkreuzen beschäftigt hat und sein Statement mit der differenzierten Bewertung beendete »Ein Turnerkreuz? Ja. Harmlos? Nein. Ein Hakenkreuz? Ja. Ein Nazisymbol? Nein«, sowie Jürgen Sielemann, mehrere Jahrzehnte lang im Staatsarchiv zuständig für das Archivgut und die Geschichte der Juden in Hamburg, der über seine Recherchen zu den ehemaligen jüdischen Mitgliedern des ETV informierte. Er konnte zumin-

dest 22 von ihnen eindeutig identifizieren, von denen etliche Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung wurden.

Der amtierende ETV-Vorsitzende Frank Fechner bedauerte auf den Veranstaltungen noch einmal, dass der Verein erst »so spät« mit der Aufarbeitung begonnen habe. Um so nachhaltiger sollten die Konsequenzen sein, die nun gezogen worden sind. Die über 30 Jahre so benannte »Robert-Finn-Halle« an der Bundesstraße war bereits 2007 in »Große Halle« zurückbenannt worden. Der nach einem anderen Nazi benannte »August-Bosse-Platz« heißt zukünftig »Softballplatz an der Hohen Weide«, die bisher nach einem Wegbereiter des Nationalsozialismus im Verein benannten »Julius-Sparbier-Plätze« werden in »Sportplätze an der Bundesstraße«, der »Sparbier-Saal« in »ETV-Sportzentrum Bundesstraße« umbenannt. Auf die Frage, warum diese Einrichtungen nicht die Namen von ETV-Opfern des NS-Regimes bekämen, antwortete Fechner, dass die neuen Bezeichnungen dem städtischen Wunsch entsprächen, Hallen und Plätze nach den angrenzenden Straßen zu benennen.

Vor dem Vereinshaus wurde mittlerweile eine Granitstele errichtet, auf der die Namen der verfolgten und ermordeten jüdischen ETV-Mitglieder genannt sind. Eine zweite Stele wurde als Gedenkdenkmal zum vorhandenen Kriegerdenkmal (»Unseren gefallenen Kameraden«) errichtet, mit dem allerdings etwas fragwürdigen Schriftzug »Deutschland hat den ersten Weltkrieg mit verursacht. Es hat den zweiten geplant und begonnen.« Die Turnerhakenkreuze an der Hallenau-



Benwand werden nicht abgeschlagen, sondern durch zwei große Tafeln erläutert. Hinzu kommen an dieser Stelle zusätzlich Hinweise zum Zwangsarbeiterlager Bundesstraße 96, denn in der Halle waren von August 1940 bis November 1943 insgesamt 2.050 Verschleppte aus Italien, Holland, Frankreich, Polen und zahlreichen anderen Nationen eingepfercht gewesen.

Der Erhalt der Turnerhakenkreuze sorgt weiter für Zündstoff, auch wenn die Tafeltexte eine Möglichkeit eröffnen, sich über vereinspolitische Irrungen und fatale Fehlentwicklungen zu informieren. Der Musiker Peter Gutzeit verteilte vor der Pressekonferenz ein Flugblatt, in dem er ankündigte, ein vereinskritisches Lied so lange zu singen und auf seiner Website zu belassen, »bis die (Turner-) Hakenkreuze endgültig entfernt sind«.

Das Beispiel des ETV sollte auch andere Vereine veranlassen, mit nicht hinterfragten Traditionen und verwendeten Namen von Altvorderen kritisch ins Gericht zu gehen und sich von den undemokratischen Tendenzen in der eigenen Geschichte immer wieder aufs Neue zu distanzieren.

In Altona wird alles anders?



Altonaer Bahnhof: Bald Filetstück für Spekulanten?

In den nächsten Jahren wird das Zentrum der »Stadtentwicklung« von der HafenCity nach Altona verlagert. Alleine die Flächendimensionen und das absehbare milliardenschwere Finanzvolumen unterstreichen, dass auch in Altona nicht gekleckert, sondern geklotzt werden soll. Und schon wiederholen sich die gleichen Fehler, Versäumnisse und Skandale, wie wir sie schon von der HafenCity zur Genüge kennen.

Höchste Rendite erwartende Investoren tummeln sich (darunter das »ECE-Projektmanagement« des Hamburger Milliardärs Otto), das Riesenareal ist vom Senat prophylaktisch zum »Vorbehaltsgebiet« erklärt worden, das die bezirkliche Mitwirkung erheblich beschränkt, wenn nicht gar aushebelt (ausführlicher der von Antje Schellner und mir verfasste Beitrag »Neue Mitte Altona - für wen?« auf der Website der Links-

fraktion (www.linksfraktion-hamburg.de/nc/politik/Themen/stadtentwicklung/detail/zurueck/stadtentwicklung/artikel/neue-mitte-altona-fuer-wen-1/).

Zusammen mit Mitgliedern der Bezirksfraktion der LINKEN und weiteren Interessierten habe ich eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die sich mit den Plänen für Altona detailliert auseinandersetzen und Alternativen zu den bisher bekannt gewordenen Entwürfen des Senats entwickeln soll. Die Arbeitsgruppe trifft sich das zweite Mal am **Montag, den 25. Oktober, um 19:00 Uhr** im Fraktionsbüro (Am Felde 2).

Dem Hamburger Abendblatt vom 15.10.2010 habe ich entnommen, dass die grün-schwarze Bezirkskoalition die von der schwarz-grünen Senatskoalition geplante Schließung des Altonaer Museums ablehnt. Der Umstand, dass alleine bis Mitte Oktober 35.000 Unterschriften zum Erhalt dieser altherwürdigen Einrichtung gesammelt worden sind, ist den Bezirks-

politikerInnen offenbar mächtig in die Glieder gefahren. Es macht sich halt besser, im Bezirk »gut« dazustehen, während gleichzeitig die Parteifreunde auf Senatsebene die Linie exekutieren. Auch noch in anderer Hinsicht ist in Altona offenbar alles anders: Die Altonaer Bezirkskoalitionäre von CDU und GAL – bereits seit 2004 arbeitet man hier einträchtig im Rahmen »neuer Bürgerlichkeit« zusammen – lehnten in der Bezirksversammlung den Antrag der LINKEN ab, für Altona-Altstadt die Voraussetzungen für eine soziale Erhaltungssatzung prüfen zu lassen, während auf Senatsebene Stadtentwicklungssenatorin Hajduk (GAL) seit etwa einem Jahr bemüht ist, sich die sozialen Erhaltungssatzungen ans Revers zu heften. Dass die die FDP diesen Antrag ablehnte, kann nicht verwundern, dass sich auch die SPD dazu hinreißen ließ, mag verstehen, wer will – in Altona ist offenbar alles anders.

Stärkung der sozialen Wohnraumversorgung?



Teil der Menschenkette am 15.9.

Verwirrung stiftete unlängst die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU): Unter der Überschrift »Soziale Wohnraumversorgung wird gestärkt« kündigte sie am 12. Oktober an, dass die SAGA GWG bis 2019 »jährlich mindestens 3.000 berechnete Haushalte mit Sozialwohnungen versorgt, davon mindestens 1.700 mit Dringlichkeitsschein«. Darüber hinaus wird Hamburgs öffentlichem Wohnungsunternehmen das Recht eingeräumt, in den Stadtteilen Altona-Altstadt, Neustadt, Ottensen, Schanzenviertel, St. Georg und St. Pauli »Sozialwohnungen frei zu belegen« (also auch ohne §-5- oder Dringlichkeitsschein), sofern im gleichen Stadtteil eine

»entsprechende Austauschwohnung« zur Verfügung gestellt wird.

Dass 3.000 Haushalte pro Jahr eine Sozialwohnung bei der SAGA GWG erhalten sollen, ist nicht übermäßig aufregend, da dieses öffentliche Unternehmen Ende 2009 noch über genau 53.366 mietpreisgebundene Sozialwohnungen verfügte (rund 41% ihrer insgesamt 130.295 Wohnungen) und bei einer durchschnittlichen Fluktuation von 9% sowieso alljährlich einige Tausend Mietparteien umziehen. Fakt ist allerdings: Es wird durch die Ankündigung der BSU keine einzige neue Sozialwohnung geschaffen, garantiert wird nur, dass

3.000 Haushalte eine neue Sozialwohnung beziehen können – aus dem Gesamtbestand, und der schrumpft.

Tatsächlich zählte die SAGA GWG im Jahre 2000 noch 70.556 Sozialwohnungen zu ihrem Besitz (gut 53% von insgesamt 133.256 Wohnungen), also ein Viertel mehr als heute. Und der Schrumpfungsprozess geht munter voran: Bis 2020 wird sich der Bestand an Sozialwohnungen in Hamburg von derzeit gut 98.000 (neben der SAGA GWG haben die Genossenschaften knapp die Hälfte der Sozialwohnungen in ihren Beständen) auf 57.000 verringern. Gegen diesen Schwund, so wird BSU-Staatsrat Winters zitiert, »wird man nicht mehr realistisch gegenanbauen können« (Hamburger Morgenpost vom 13.10.2010). Für die Kirche war die Erde im 15. Jahrhundert noch eine Scheibe, für den GAL-Politiker scheint es im 21. Jahrhundert ein Naturgesetz zu sein, dass nicht ansatzweise genügend Wohnungen gebaut werden können.

Unter der CDU-Regierung und jetzt unter der schwarz-grünen Ägide wurde der Wohnungsneubau dramatisch vernachlässigt. Im Jahr 2007 errichtete die SAGA GWG gerade einmal 18 Wohnungen neu, darunter keine einzige Sozialwohnung. 2009 waren es 122 neue Wohnungen, davon 60 öffentlich geförderte. Das ist weniger als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Ihrem sozialen Auftrag kommt die SAGA GWG schon seit Jahren nicht mehr nach.

Der Vorstandschef der SAGA GWG, Lutz Basse, verteidigt die geringe Neubauquote damit, »dass auch für uns die Grundstücke so knapp sind« (Hamburger Morgenpost vom 15.10.2010). Das mag ja sein, aber es trifft auch zu, dass das von ihm geführte Wohnungsunternehmen vom Senat noch bis 2012 verpflichtet wurde, Gewinne in Höhe von jährlich mindestens 100 Mio. Euro an die Stadt abzuführen. Das schränkt den Spielraum für jährlich nötige Neubauten von 6.000 bis 8.000 Wohnungen dramatisch ein.

Noch einmal zurück zu der großspurigen Erklärung der BSU, die soziale Wohnraumversorgung zu stärken. Wenn ich die Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage von Ksenija Bekkeris (SPD) richtig lese, hat die Regierungskoalition allerdings auch allen Grund, tätig zu werden. Laut Senatsangaben sind im Jahre 2008 genau 13.917 Wohnberechtigungsbescheinigungen (vor allem §5-Scheine) erteilt worden. Allerdings betrug die »Versorgungsquote« nur 29%, d.h. weniger als ein Drittel der Berechtigten hat trotz dieses Scheins überhaupt eine Sozialwohnung beziehen können. Da wirkt die Anmerkung in der Senatsantwort fast zynisch: »Die Versorgungsquote für diese Haushalte ist nicht sehr aussagekräftig, weil sich die Haushalte mit §27-/§5-Schein grundsätzlich auch im ungebundenen Wohnungsbestand versorgen können und

dann von der Statistik nicht erfasst werden.« Der so genannte freie Wohnungsmarkt bietet ja auch günstige Wohnungen wie Sand am Meer ...

Die Senatsantwort birgt noch mehr Belege der unsozialen Entwicklung im Wohnungsmarkt: 2009 hatten 14.283 Menschen eine Wohnberechtigungsbescheinigung bekommen, die Versorgungsquote aber war in diesem Jahr stark auf 23% zurückgegangen. Die Angaben zum ersten Halbjahr 2010 (7.080 erteilte Bescheinigungen und eine Versorgungsquote von nur noch 20%) lassen das Schlimmste befürchten. Selbst bei den DringlichkeitsscheinbezieherInnen – also bei Menschen in einer zugespitzten Notlage – betrug die Versorgungsquote nur ein Drittel (2008: 34%; 2009: 35%; 1. Hälfte 2010: 33%). Im Klartext: Zwei von drei Menschen, die einen Dringlichkeitsschein zugesprochen bekamen, fanden keine Sozialwohnung.

Die Wohnungsfrage entwickelt sich immer mehr zu einer Kernfrage der sozialpolitischen Auseinandersetzung: auf der einen Seite die zunehmende Zahl von Milliardären, auf der anderen Seite zehntausende Menschen, die Mühe haben, die immer stärker steigenden Mieten zu bezahlen. Hier die im Immobilien-Teil des Hamburger Abendblatts vom 7. Oktober angepriesene 300-Quadratmeter-Wohnung mit Alsterblick für fünf Millionen Euro (»Irgendwann spielt Geld bei Immobilien keine Rolle mehr«), da die 4.000 wohnungslosen bzw. 1.000 auf der Straße lebenden Menschen in der angeblich reichsten Stadt des Kontinents, für die nicht einmal genügend Notunterkünfte zur Verfügung stehen.

Auf der Bürgerschaftssitzung am 27. Oktober wird die Fraktion DIE LINKE den Antrag »Dringend mehr Sozialwohnungen und Notunterkünfte mit höheren Standards schaffen« einbringen und so das Thema einmal mehr öffentlich zur Diskussion stellen, die schwarz-grünen Regierung wird ihn einmal mehr ablehnen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass diese parlamentarische Initiative von Aktionen begleitet wird: Für **Samstag, den 23. Oktober, 13:00 Uhr** (Treffpunkt Campus der Universität), rufen nahezu 100 Initiativen und Vereine aus dem Umfeld des Netzwerks Recht auf Stadt und der Landesverband der Partei DIE LINKE zu einer Demonstration gegen den Leerstand von rund 1,2 Mio. Quadratmetern Büroraum auf: »Leerstand zu Wohnraum – Endlich die Wohnungsfrage lösen« lautet das Motto. Ziel ist der »Astraturm« auf St. Pauli, dessen rund 11.300 qm Bürofläche seit der Fertigstellung im Jahre 2007 zu 70% leer stehen. »Seid kreativ, bringt Möbel, Topfpflanzen, Kopfkissen etc. mit.« Der komplette Aufruf ist im Netz unter www.rechtaufstadt.net nachzulesen.

HVV-Abzocke in der Umwelthauptstadt

Green Capital, Klimastadt, Umwelthauptstadt – damit schmücken sich vor allem die Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk und ihr ebenso grüner Staatsrat Hugo Winters gern. »Der Titel Europäische Umwelthauptstadt schließt nicht eine Tarifierhebung aus, die auch auf die dramatische Haushalts-

lage Rücksicht nimmt«, wird Winters zitiert, als er die jüngste HVV-Preiserhöhungsabsicht bewerten sollte (Hamburger Abendblatt vom 15.10.2010). Das kann vor dem Hintergrund, dass für Menschen mit geringem Einkommen die Inanspruchnahme des öffentlichen Nahverkehrs bei einem Fahrpreis



Schief aufgestellt: der Hamburger Verkehrsverbund

von zukünftig 2,80 Euro für eine Einzelfahrt eine große Hürde darstellt, nur als zynisch bezeichnet werden.

Der Träger des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Hamburg, der Hamburger Verkehrsverbund (HVV) hat den BürgerInnen der Stadt bereits in den letzten Jahren extensive Fahrpreisanhebungen zugemutet:

- 3,8% am 16. Juni 2002
- 3,2% am 13. Juni 2004
- 4,8% am 1. April 2006
- 3,5% am 10. Juni 2007
- 3,3% am 1. Januar 2009
- 1,8% am 1. Januar 2010
- und nunmehr 3,2% zum 1. Januar 2011.

Während unter der CDU-Alleinregierung das Bus- und Bahnfahren nur alle zwei Jahre teurer wurde, gibt es, seitdem die GAL dabei ist, jedes Jahr eine über die Inflationsrate hinausgehende Tarifierhöhung.

Auch wenn der Bund den Ländern in den vergangenen Jahren die Mittel für die Förderung des Regionalverkehrs gekürzt hat, geht es bei der angekündigten Tarifierhöhung vor allem darum, dass auch der HVV einen Beitrag zur »Konsolidierung des Haushalts« leisten soll. Durch die Preiserhöhung soll der HVV Mehreinnahmen von 14 Mio. Euro erzielen, die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) kann damit ihre Zuschüsse für den ÖPNV für das Jahr 2011 um 7,4 Mio. Euro kürzen – Umverteilung auf Kosten der BürgerInnen nennt man so etwas. Was Elbphilharmonie, U4 und andere Leuchttürme zu viel kosten, muss zum Beispiel bei den HVV-Fahrgästen wieder reingeholt werden.

Es ist absurd: Zum einen sollen – nicht zuletzt aus Gründen des Umweltschutzes – AutofahrerInnen zum Umstieg auf das ÖPNV-Netz gewonnen werden, zum anderen erschwert der Senat durch Preiserhöhungen und Mittelkürzungen eine solche Entscheidung nachhaltig. Auch für den CDU-Verkehrsexperten Klaus-Peter Hesse hat – ähnlich wie für Staatsrat Winter – das eine mit dem anderen eh nichts zu tun: »Der Titel Europäische Umwelthauptstadt steht in keinem Zusammenhang mit der Tarifierhebung... Wer das behauptet,

der will auf Kosten dieser Auszeichnung gegen die leider notwendige Fahrpreiserhöhung Stimmung machen« (Hamburger Abendblatt vom 15.10.2010). Die Logik dieser Argumente ist genauso einleuchtend wie die Fällung Tausender Bäume in Wilhelmsburg, mit der blühende Landschaften einer Bundesgartenschau vorbereitet werden.

In einer ADAC-Vergleichsstudie von 2009 werden dem ÖPNV in verschiedenen deutschen Städten »gute« Noten attestiert. Das Preisniveau in Hamburg bekam allerdings gerade mal ein »ausreichend« – da war von weiteren Tarifierhöhungen noch gar nicht die Rede. Zudem zeigt der Vergleich der Kennzahlen für verschiedene Großstädte, dass die Hansestadt deutlichen Nachholbedarf hat: Während in München jede/r EinwohnerIn 435-mal mit dem ÖPNV fuhr, kommt Hamburg im Jahre 2008 gerade mal auf 222 Fahrten.

Die verkehrliche Infrastruktur in Hamburg ist unzureichend, das Preisniveau zu hoch, die neuerliche Tarifierhöhung kann nicht anders als Abzocken der HVV-KundInnen bezeichnet werden. Die in immer kürzeren Abständen erhöhten Mobilitätskosten belasten die niedrigen Einkommen besonders. Wer die hohen Fahrpreise nicht bezahlen kann, bleibt zu Hause, reduziert seine Fahrten soweit wie möglich – oder fährt für lau. Nach Hochrechnungen tun das jährlich 3,5% oder 23 Millionen Fahrgäste, was ein rechnerisches Minus von zwischen 30 bis 40 Mio. Euro bedeutet, das man auch durch Kontrolle und Repression nicht reduzieren wird, solange die Ursachen nicht angegangen werden.

DIE LINKE vertritt auch in Sachen Verkehrspolitik ein grundlegend anderes Konzept als der grün-schwarze Senat: »Wir brauchen dringend Angebote, die die Mobilität im ÖPNV allen möglich machen. Die Fahrpreise müssen deutlich günstiger werden.« So steht es in den bereits im März 2009 veröffentlichten Eckpunkten einer Verkehrskonzeption für Hamburg: »Weniger, besser, sicherer und preiswerter fahren!« (siehe http://www.linksfraktion-hamburg.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/DIE_LINKE_HH_Fraktion_Verkehr_Broschuere_niedrig.pdf).

Kultur-Tipp: Auf den Spuren der Finanzströme



Foto: Celia di Pauli

Vom **19.10. bis zum 5.11.2010** zeigen Attac Hamburg und der DGB Nord **im Hamburger DGB-Haus** (Besenbinderhof 60, Öffnungszeiten: montags bis freitags 9:00 bis 20:00 Uhr) die Wanderausstellung von Silke Ötsch und Celia di Pauli zu Steuerparadiesen.

Steuersysteme sind kompliziert, das hat System, aber davon dürfen wir uns nicht einschüchtern lassen. Steueroasen sind die Potemkinschen Dörfer von heute. Mit ihnen verbinden viele Bilder von abgeschiedenen Inseln, sonnigen Stränden, Diskretion, mobilem, flüchtigem und sauberem Kapital. Diese Assoziationen vermittelt die Finanzindustrie. Die beiden Autorinnen der Ausstellung zeigen dagegen, wie Räume der Offshore-Welt wirklich aussehen: Fotos von Briefkastenfirmen, Profiteuren, öffentlicher Armut, der Welt der Statussymbole und grauen Berater-Mäuse.

Außerdem vermitteln sie Hintergründe zur Offshore-Welt, zu Verteilungsfragen und Regulierungs-oasen, den schwarzen Löchern im Finanzsystem. Ein der Ausstellung ist, der Rhetorik der Steuerfluchtbranche Bilder von realen Orten entgegenzusetzen. Damit soll deutlich werden, wie weit die gängige Rhetorik und Realität voneinander entfernt sind.

Eröffnet wird die Ausstellung am **Dienstag, den 19. Oktober um 18:30 Uhr** von Uwe Grund, Vorsitzender des DGB-Hamburg. Silke Ötsch wird in die Ausstellung einführen, anschließend gibt es Theater mit Vanessa Stern (Berlin, »Sechste

Rede der Vanessa Stern an die Menschen« von Daniel Cremer), danach Sekt & Selters und einen Ausstellungsrundgang.

Parallel zu der Ausstellung hat die AG Finanzmärkte von Attac Hamburg ein Begleitprogramm entwickelt:

- Am **Donnerstag, den 28. Oktober**, spricht Werner Rügemer aus Köln, der für seine Untersuchungen von Privatisierung, Cross-Border-Leasing und Public-Private-Partnerships bekannt ist, über die Rolle der Finanzoasen in der deregulierten Globalökonomie und der Weltfinanzkrise.
- Am **Donnerstag, den 4. November**, referiert Ulf Christiansen über Billigflaggen und damit über die Vorreiter der Auslagerung in der Seefahrt und die globale Gewerkschaftsaktivität dagegen. Ulf Christiansen ist Inspektor der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF), der es gelungen ist, weltweit gültige Tarifverträge für Seeleute durchzusetzen.

Außerdem bieten Mitglieder von Attac Hamburg am **Donnerstag, den 21. Oktober, am Dienstag, den 26. Oktober** und am **Dienstag, den 2. November** eine Einführung und einen Rundgang durch die Ausstellung an (weitere Termine für Gruppen auf Anfrage bei Ulf Martin [ulf.martin@attac.de]). Die Veranstaltungen des Begleitprogramms und die Führungen beginnen **jeweils um 18:30 Uhr**. Veranstaltungsort ist immer das DGB-Haus. Alle Interessierten sind eingeladen, der Eintritt ist frei, eine Anmeldung nicht erforderlich.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**